

**BESCHLUSS**

3 / 2019

GREMIUM

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

SITZUNGSTERMIN

Dienstag, 26.03.2019, 17:00 Uhr bis 21:45 Uhr

SITZUNGSORT

Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen, Sitzungssaal 1, 1. Etage

---

**ÖFFENTLICHER TEIL  
BESCHLUSSEMPFEHLUNG FÜR EINEN AUSSCHUSS**

**1. VL-27/2019**

Seepark Horstmar

hier: kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Aufwertung der Naherholungsfläche und zur Verbesserung der Sicherheit

Herr Reeker erläutert die Vorlage und teilt mit, dass am 16. März eine Bürgerversammlung stattfand. Es besteht offenbar ein enger Zusammenhang zwischen der Parkplatzproblematik am Seepark und der Grillnutzung, so dass für die Saison 2019 ein Grillverbot im Seepark empfohlen wird. Des Weiteren soll entlang des Schwansbeller Weges die Beleuchtungssituation verbessert werden. Herr Reeker kündigt für die zusätzliche Beleuchtung eine gesonderte Vorlage für die nächste Ausschusssitzung Sicherheit und Ordnung an. Die Gastronomie (Seekiosk) und die zugehörige Grundstücksfläche könnte lt. Aussage von Herrn Reeker eventuell in das Eigentum der Stadt übergehen. Die Realisierung einer höherwertigen Gastronomie erscheint allerdings nicht realistisch.

Die CDU-Fraktion äußert, dass die Verwaltungsvorlage so nicht beschlussfähig sei, da keine Finanzierung der angedachten Maßnahmen erkennbar ist. Unter anderem fehlt eine Kostenaufstellung für höhere Personalkosten für Kontrollen, Verkehrsüberwachung, Beschilderung, Toilettenwagen etc. Die Verwaltung wird gebeten eine beschlussfähige Vorlage für den Ausschuss Sicherheit und Ordnung vorzulegen.

Die SPD-Fraktion wird das Grillverbot nicht unterstützen und auch keine Empfehlung an den Ausschuss S + O aussprechen. In Bezug auf die Toilettenanlage wird seitens der SPD-Fraktion eine dauerhafte Lösung bevorzugt. Die Verwaltung erläutert, dass durch eine neue Kiosksituation auch gleichzeitig an einer neuen Toilettenanlage gearbeitet wird.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen lehnt eine gehobene Gastronomie, sowie eine Errichtung einer Wasserkianlage ab. Der Seepark soll als naturnahes Erholungsgebiet belassen bleiben. Auf die Nachfrage wie weit die Beleuchtung in den Schwansbeller Weg reicht, wurde auch die Frage nach den KAG Beiträgen für die Anlieger gestellt. Herr Reeker teilt mit, dass die Beleuchtung bis zur Seseke realisiert werden soll und es sich nicht um eine KAG-Maßnahme handele.

Die Fraktion wünscht, dass die Vorlagen zum Seepark auch zukünftig dem Stadtentwicklungsausschuss vorgelegt werden.

Die FDP-Fraktion spricht sich positiv für eine Verbesserung der Beleuchtung und eine kontrollierbare Grillnutzung aus und würde das Konzept so mittragen.

Die GFL-Fraktion befürwortet das vorerst begrenzte Grillverbot auf ein Jahr für eine Bestandsaufnahme der Gesamtsituation im und um den Seepark mit den entsprechend angedachten Maßnahmen.

Ratsherr Prof. Dr. Hofnagel stellt einen Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung für den Ausschuss S+O bezüglich des Verbotes von motorisierten Modellbooten.

Ratsherr Kops beantragt das Ende der Debatte und eine Beschlussfassung des Stadtentwicklungsausschusses mit den vorgetragenen Änderungen für den Ausschuss S+O.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass es sich für den Stadtentwicklungsausschuss bei der Vorlage nur um eine Kenntnisnahme handelt und der endgültige Beschluss im Ausschuss S+O gefasst wird.

Der Vorsitzende beendet die Debatte und lässt über die Empfehlungen inklusive dem Änderungsantrag der GFL-Fraktion abstimmen.

**Empfehlung:**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Sicherheit und Ordnung folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Allgemeinverfügung mit Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im und am Seepark gem. der Anlage 1 zu erstellen und zu erlassen.
2. Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt ein Grillverbot im Seepark testweise für die Saison 2019.
3. Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung beschließt die aufgeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Toiletten- und Beleuchtungssituation.

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung möge zudem ein Verbot von motorisierten Modellbooten beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Konzept mit Finanzierungskosten zu konkretisieren.

<p>Abstimmungsergebnis: Bei neun Gegenstimmen und 10 Dafür-Stimmen wird die Empfehlung mehrheitlich an den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung verwiesen.</p>
--